

: Kompetenz und eigene Interessen im Gepäck

Wie Jugendringe die Interessen junger Menschen und ihrer Organisationen vertreten

LUDWIG WEIGEL

Jugendringe sind die freiwilligen Zusammenschlüsse von Jugendverbänden. Sie bestehen in Deutschland auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Sie bündeln und vertreten die gemeinsamen Interessen ihrer Mitgliedsorganisationen. Ihr Ziel ist es, mit ihren eigenen mandatierten Repräsentant_innen die Gesellschaft im Interesse von jungen Menschen mitzugestalten und als Teil der Zivilgesellschaft in das demokratische System der Willensbildung und Entscheidungsfindung eingebunden zu werden.

Sie erreichen eine große Anzahl von jungen Menschen – auf Bundesebene etwa 6 Millionen Kinder und Jugendliche – und sind flächendeckend in Deutschland aktiv. Jugendringe sind Orte gelebter Demokratie, geprägt durch einen vorhandenen Kanon an übergreifenden Werten bei einer gleichzeitig großen Werteppluralität. Junge Menschen erleben und erfahren in der Jugendverbandsarbeit, wie sie sich in demokratischen Prozessen beteiligen können. Die Interessenvertretung der Jugendringe findet auf dem Fundament einer demokratischen Willensbildung statt, auf deren Basis Positionen und Forderungen durch innerverbandliche Entscheidungsfindungen erarbeitet und weitergegeben werden.

Aus diesen Gründen sehen sich Jugendringe, wenn sie sich im Interesse junger Menschen und in der Rolle und Funktion einer Organisation der Zivilgesellschaft in die politische Entscheidungsfindung einbringen, als Akteure im repräsentativen demokratischen System.

Eine solche Form von Interessenvertretung junger Menschen ist in Deutschland einmalig und zwingend in die allgemeine Entscheidungsfindung einzubeziehen. Aufgrund der Vielzahl von erreichten jungen Menschen sowie der flächendeckenden, vielfältigen und demokratischen Struktur ergibt sich ein klares Mandat

für Jugendringe, sich eben nicht nur für die Interessen von jungen Menschen in den Jugendverbänden stark zu machen, sondern sich für die Belange aller jungen Menschen einzusetzen.

Wir müssen mitreden

Im Folgenden bezieht sich die Darstellung vor allem auf die Arbeit des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR). Jugendringstrukturen auf Landesebene oder in den Kommunen haben durchaus andere Zugänge und Wege von Interessenvertretung. Auf Bundesebene agiert der DBJR als klassische Interessenorganisation. In dieser Rolle beobachtet er jugendpolitische Entwicklungen und interveniert gegebenenfalls. Er handelt somit reaktiv. Andererseits versucht der DBJR, Themen und Positionen der Mitglieder in die jugendpolitische Landschaft zu tragen. Er handelt somit (pro)aktiv. Der DBJR setzt dabei auf fachpolitische Impulse,



„Die Herausforderung besteht darin, als Jugendring zu allen Themen die jugendpolitische Brille aufzusetzen und sich für die Interessen aus Sicht von Kindern und Jugendlichen stark zu machen.“



Kinderrechte

Stellungnahmen bzw. Positionen, Teilnahme an Anhörungen bzw. zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozessen, Fachveranstaltungen oder Gespräche mit Entscheidungsträger_innen (Parlament, Regierung oder Verwaltung). Darüber hinaus wird themenbezogen die Bündnisarbeit mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen angestrebt. Gleichwohl trägt der DBJR die eigenen Anliegen in die Öffentlichkeit, beispielsweise durch eine Kampagne zur Wahlaltersenkung. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfelandchaft tritt der DBJR als fachpolitischer Akteur auf, um sich insbesondere für die Rahmenbedingungen der eigenen Strukturen stark zu machen.

Was sind die richtigen Themen?

Das inhaltliche und jugendpolitische Portfolio in der Jugendverbandslandschaft ist vielfältig. Es reicht von Themen der internationalen Jugendarbeit über europäische Jugendpolitik, Medien- und Digitalpolitik, über Engagement- und Jugendhilfepolitik bis hin zu Themen im Bereich von Diversität, Jugendarmut, Kinderrechten, Nachhaltigkeit oder Beteiligung. Die Herausforderung besteht darin, als Jugendring zu allen Themen die jugendpolitische Brille aufzusetzen und sich für die Interessen aus Sicht von Kindern und Jugendlichen stark zu machen.

Um dabei in der politischen und fachlichen Landschaft entsprechend Gehör zu finden, sind ein Mindestmaß an Professionalität, Kontinuität im Themengebiet sowie fachlicher und inhaltlicher Output wichtig. Eine wesentliche Herausforderung ist dabei, auf Basis eigener Beschlusslagen auf jugendpolitische Entwicklungen und Themen zu reagieren. Dieses Agieren besteht im richtigen Mittelweg zwischen einer wachsenden jugendpolitischen Themenlandschaft, dem Anspruch, an den Entscheidungsprozessen mitzuwirken sowie dem Einsatz der eigenen begrenzten Ressourcen, die dafür zur Verfügung stehen (Personal, Zeitaufwand usw.). Hinzu

kommen die eigenen Erwartungen und die Erwartungen Dritter (von Seiten der Politik aber auch der Zivilgesellschaft), überall mitzumischen.

So besteht die Gefahr, dass Jugendringe ihre eigenen Themen nicht mehr ausreichend einbringen können, weil sie mit Themen beschäftigt sind, die nicht zum Kerngeschäft der Jugendverbandsarbeit gehören. In der Praxis führt das dazu, dass beim Agendasetting wichtige Jugendverbandsthemen verdrängt werden. Dies kann dazu führen, dass sich die Jugendverbände an der Basis von der Interessenvertretung nicht mehr ausreichend repräsentiert fühlen und die Rolle der Arbeitsgemeinschaft verwischt wird bzw. das Verständnis der Jugendverbände zu ihrer Rolle in der Arbeitsgemeinschaft verloren geht.

Um dieses Problem an einem Beispiel zu verdeutlichen: Eine Gruppe von Jugendverbänden sieht ihre Themen nicht mehr im Jugendring vertreten und schlägt dem Jugendring vor, sich damit zu beschäftigen. Eine solche Form der Themensetzung entspricht nicht zwingend der Arbeitsweise in einer Arbeitsgemeinschaft. Als Teil der Struktur sind die Jugendverbände dafür verantwortlich, ihre Anliegen nachhaltig auf die Agenda zu setzen. Dafür reicht es nicht aus, die Themen per Positionierung in der Mitgliederversammlung einzubringen. Dazu gehört, dass man sich in Fachveranstaltungen, im Diskurs des Jugendrings und an vielen weiteren Stellen zusammen für das Anliegen stark macht. Der Jugendring muss mit seinen Organen die Anliegen aufgreifen, dahingehend handeln und darf nicht losgelöst davon seine Themen setzen.

Neue Konkurrenz

Der eigene Anspruch, für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland als legitimer Interessensvertreter zu agieren, bringt weitere Herausforderungen mit sich. Nicht nur die jugendpolitische Themenlandschaft hat sich in



den vergangenen Jahren immer weiter ausdifferenziert, sondern auch die zivilgesellschaftliche Akteurslandschaft, die von sich behauptet, die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten.

Dazu gehören Stiftungen, Vereine, kleine Initiativen aber auch Projekte, die aus staatlichen Mitteln gefördert werden und beispielsweise eigene Jugendbeteiligungsformate mit ausgewählten jungen Menschen entwickelt haben. Zu unterscheiden sind diese Akteure vor allem dadurch, dass sie entweder als fachpolitische Struktur auftreten, die von Erwachsenen geleitet wird (etwa bei Stiftungen) oder aber Vereine, Gruppen oder Beteiligungsprojekte von jungen Menschen darstellen, die für sich den Anspruch haben, als „echte, unabhängige junge Menschen“ aufzutreten.

Der Anspruch solcher Zusammenschlüsse, für eine große Anzahl an jungen Menschen sprechen zu können, ist im Vergleich zur repräsentativen Interessenvertretung der Jugendringe kaum legitimiert. Und dennoch werden solche Strukturen zunehmend in Entscheidungsprozesse eingebunden. Ihr Vorteil: Sie orientieren sich stärker an Jugendbewegungen, sind projektförmig und wirken innovativ, begrenzen ihren Fokus auf wenige Themen und haben einfachere Abstimmungsprozesse.

In Jugendringen dagegen sind Prozesse aufgrund ihrer demokratischen Verfasstheit oftmals langwierig und wenig flexibel. Die Kritik der Organisationen an der Jugendverbandslandschaft besteht vor allem darin, dass diese an den entscheidenden Stellen nicht durch „echte Jugendliche“ vertreten wird. Eine Kritik, die mit Blick auf die demokratische Entscheidungsfindung und die durch Wahlen gesicherte Legitimität der Jugendverbandsfunktionär_innen nicht haltbar ist – ignoriert sie doch die demokratischen Prozesse.

Die Herausforderungen zeigen, dass Jugendringe als Interessenvertretungen für alle Kinder und Jugendlichen

zunehmend unter Druck geraten. Sie müssen sich als legitime Interessenvertretung gegenüber neuen Akteuren behaupten. Sie müssen einen Mittelweg zwischen Ressourcen, Themen und eigenem Anspruch finden und sie müssen sich die Frage stellen, wie viel Aktionismus und Bewegung ein Jugendring vertragen kann.

Ein wichtiger Schritt wäre es, nicht mehr nur auf die Vielfalt an jugendpolitischen Entwicklungen zu reagieren, sondern wieder aktiver mit eigenem Agendasetting die jugendpolitische Landschaft zu bestimmen, wie es zuletzt etwa bei der Umsetzung des Jugendchecks auf Bundesebene gelungen ist.

Jugendringe spielen trotz ihrer Herausforderungen in Deutschland immer noch eine wesentliche Rolle beim Einfluss auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Ob in Jugendhilfeausschüssen, auf der Straße oder bei politischen Projekten wie der U18-Wahl – Jugendringe und Jugendverbände sind meist beteiligt. Gerade durch ihre Vielfalt, ihre Wertebasis und ihre demokratische Verfasstheit müssen Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse auch weiterhin gefördert und als wichtiger zivilgesellschaftlicher Partner in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Gleichzeitig müssen sich Jugendringe ihren Herausforderungen stellen, um sich weiterhin an den richtigen Stellen für die Belange von Kindern und Jugendlichen einsetzen zu können.

LUDWIG WEIGEL

ist Referent für Jugendpolitik beim Deutschen Bundesjugendring.

ludwig.weigel@dbjr.de